

Presseinformation

Nr. 574/2011

Kiel, Donnerstag, 17. November 2011



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Wolfgang Kubicki: Tragfähige Lösungen für geschlossene Standorte dürfen nicht der Parteipolitik geopfert werden

In seiner Rede zu **TOP 2+29+41+42+46** (Regierungserklärung zur Bundeswehrstrukturreform) sagte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Die Frage der Konversion von Bundeswehrstandorten beschäftigt den Schleswig-Holsteinischen Landtag schon seit mehreren Legislaturperioden. Daher befassen wir uns hier tatsächlich nicht mit einem neuen Phänomen. Im Gegenteil, Schleswig-Holstein hat – so traurig es klingen mag – in der Vergangenheit schon reichlich Erfahrungen in dieser Frage gesammelt. Ich erinnere hier an die Diskussionen der Jahre 2001 und 2004, in denen es zum Teil sehr schmerzhaft strukturelle Einschnitte aufzufangen galt.

Jedes Mal, mit jedem Einschnitt, ging es vor Ort um gewachsene, funktionierende Strukturen, die sich nach vielen Jahren plötzlich verändern mussten. Es ging hier um regionale, ökonomische Wurzeln, die sich nun neu entwickeln mussten. Es ging zugleich auch um Familien, für die diese Strukturentscheidungen unmittelbare Auswirkungen auf ihre Zukunft hatten.

Die Parteien des Schleswig-Holsteinischen Landtages taten in der Vergangenheit gut daran, die Frage, wie wir als verantwortliche Politiker mit diesen Herausforderungen für unser Land umgehen, nicht parteitaktisch auszuschlachten. Ich erinnere hier zum Beispiel an den einstimmigen Beschluss des Landtages vom Frühjahr 2005, in dem es unter anderem hieß (Drs. 15/3941): *„Die Bundeswehr hat für Schleswig-Holstein große strukturelle Bedeutung. Die Truppenreduzierung und Standortschließungen, die der Bundesminister der Verteidigung am 02.11.2004 verkündet hat, stellen Schleswig-Holstein daher vor große Herausforderungen. Die Folgen einer Truppenreduzierung können weit über militärische, funktionale und betriebswirtschaftliche Auswirkungen hinausgehen. Konversion ist allerdings nicht nur mit Risiken verbunden, sondern bietet auch Chancen zur Weiterentwicklung von Kommunen.“*

Ich kann für die FDP-Fraktion sagen, dass wir diesem Passus – mit verändertem Datum – auch heute wieder zustimmen könnten. Mit anderen Worten: In einer ganz ähnlichen Situation wie damals befinden wir uns heute auch wieder.

Die Entscheidung, wie und an welchem Ort die Struktureinschnitte vorgenommen werden, fiel nicht in Kiel. Jedes Bundesland ist – eines mehr, andere weniger – von der Reform betroffen.

Die Schließung des Arsenal in Kiel ist allerdings fiskalischer Unsinn, solange noch eine große Anzahl von schwimmenden Einheiten auf der Ostsee operiert. Hierüber wird tatsächlich noch zu reden sein.

Nun können wir natürlich an diese Sache herangehen wie die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten – vertreten durch Herrn Dr. Dolgner – und eine neue Form des Sankt-Florian-Prinzips einfordern. Das verstehe ich nämlich, wenn Herr Dr. Dolgner in einer Pressemitteilung dem Ministerpräsidenten vorwirft, er habe in Berlin keinerlei Einfluss oder werde nicht einmal gehört. Lautet da nicht das sozialdemokratische Credo: ‚Strukturelle Einschnitte sind zwar insgesamt notwendig, aber wenn es bei uns in Schleswig-Holstein passiert, dann ist der Ministerpräsident schuld‘?

Wir haben diese Art der Auseinandersetzung bei den Sozialdemokraten ja auch bei den vergangenen Haushaltsberatungen erlebt: Das Bejahen struktureller Einschnitte im Allgemeinen, aber das Verneinen struktureller Maßnahmen im Besonderen. Konkrete Lösungsansätze – gleich Null.

Ich kann Sie daher nur warnen: Wenn Sie auf diese Art und Weise an dieses schwierige Thema herangehen, dann opfern Sie die Lösung dieser ersten Frage auf dem Altar der parteipolitischen Auseinandersetzung. Dies hilft weder Ihnen, noch hilft es den von der Strukturentscheidung Betroffenen. Es ist eine rein destruktive Einlassung.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang gerne zitieren, was Ministerpräsidentin Heide Simonis am 24. Januar 2001 vor dem Landtag gesagt hat: *‚Ich glaube, dass sich die Reduzierung von Standorten nicht für parteipolitisches Gezänk eignet.‘*

Mehr muss ich dazu nicht sagen.

Die Frage, die wir uns also zu stellen haben, lautet: Wie können wir mit den Entscheidungen, auf die wir nur begrenzt Einfluss nehmen konnten, jetzt umgehen? Wie können wir aus den Einschnitten neue Chancen für Schleswig-Holstein und für die betroffenen Standortregionen generieren?

Ich bin vor diesem Hintergrund froh, dass die Landesregierung schnell mit dem ‚Aktionsplan Konversion‘ erste Lösungsansätze präsentieren konnte. Ich begrüße außerordentlich, dass in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Ministerien ein breiter Fächer von Maßnahmen dargestellt werden konnte, der die landesseitigen Möglichkeiten klar und bündig zusammenstellt.

Aus diesem Grund ist der ‚Aktionsplan Konversion‘ ein richtiger und wichtiger Schritt, allerdings auch nur ein erster. Die von der Entscheidung vom 26. Oktober betroffenen Kommunen brauchen jetzt jede erdenkliche Unterstützung. Diese kann allerdings nicht nur vom Land kommen – die begrenzten finanziellen Mittel des Landes sind ja sattsam bekannt –, sondern muss ebenso vom Bund kommen. Da sind wir uns sicherlich einig.

Wie andere Landtagsfraktionen auch kann sich die FDP zum Beispiel vorstellen, dass der Bund den Kommunen freiwerdende Bundeswehrflächen zu einem vergünstigten Preis und möglichst unbürokratisch überlassen könnte. Dies würde erlauben, dass die Kommunen vor einer aktiven Nutzung oder einem Verkauf der Grundstücke die Möglichkeit hätten, Investitionen zu tätigen und den Verlust zu beschränken.

Außerdem wäre der Verkauf der Grundstücke an etwaige Investoren damit deutlich einfacher möglich.

Um besser für die Zukunft planen zu können, ist es außerdem dringlich angezeigt, dass der Bund die Strukturentscheidungen jetzt mit einer konkreten zeitlichen Perspektive versieht, sprich: Für welchen Zeitpunkt kann die einzelne Kommune mit der entsprechenden Strukturmaßnahme rechnen? Diese zeitliche Unsicherheit ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Kommunen brauchen für die Gestaltung ihrer Zukunft schlichtweg Planungssicherheit, und die muss ihnen schnellstmöglich gegeben werden.

Abgesehen davon, wäre aus unserer Sicht eine Änderung des Baugesetzbuches zwingend notwendig. Viele der Standorte wurden vor Jahren im Außenbereich errichtet. Der Bund konnte dort ohne vorige Prüfung oder Einschränkung bauen und diese Flächen nutzen. Wenn diese Flächen nun von der Kommune gekauft werden und einer zivilen Nachnutzung zugeführt werden sollen, unterliegen die Flächen dem Baugesetzbuch und den gesetzlichen Vorgaben für Flächen im Außenbereich. Wenn diese Einschränkungen auch in den nächsten Jahren noch weiter gelten, wird es für viele Kasernen im Außenbereich keine sinnvolle Nachnutzung geben können.

Es muss deshalb eine Sonderregelung für Konversionsflächen im Außenbereich geben. Den Kommunen muss die Chance gegeben werden, passgenaue Lösungen für diese Flächen zu finden. Lösungen, die in die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort eingegliedert werden können. Daher ist es für die FDP-Fraktion wichtig, mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative eine qualifizierte zivile Nachfolgenutzung der Konversionsflächen über eine baurechtliche Neuregelung zu gewährleisten.

Das heißt, wir setzen uns dafür ein, dass bei bestimmten Liegenschaften der Bundeswehr im Außenbereich nun eine bauliche Nutzung für Wohnen oder Gewerbe möglich wird.

Strukturbrüche bieten grundsätzlich Neuanfänge, sind aber zugleich auch immer mit Anpassungskosten verbunden. Deshalb wäre es jetzt für uns handelnde Landespolitiker leicht, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in Alt Duvenstedt, in Seeth, in Ladelund, in Lütjenburg und in den anderen

betroffenen Regionen lediglich zu sagen: ‚Die Strukturschnitte treffen Euch hart. Ihr habt aber die Chance für einen Neuanfang.‘

Es wäre leicht, dies einfach nur zu sagen. Es wäre zugleich unredlich, wenn wir dabei denjenigen betroffenen Kommunen nicht nach Kräften helfen würden. Denn uns muss allen klar sein, dass ein Neuanfang vor Ort nur gestaltet werden kann, wenn die Kommunen die Möglichkeit des Handelns in die Hand bekommen. Möglichkeiten, um ihre Zukunft vor Ort wieder selbst gestalten zu können. Hierfür müssen und werden wir Sie tatkräftig unterstützen.“